REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.– RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postscheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a)

NUMMER 24 A — BERLIN • Freitag, den 29. Januar 1932 — 1. JAHRGANG

China in der Zerstörung.

Von Minna Specht.

Während Charbin von den Japanern besetzt wird und der chinesische Bürgermeister von Schanghai den Wisch mit dem japanischen Ultimatum in seinen hilflosen Händen dreht, ist die Regierung in Nanking im wahrsten Sinne des Wortes kopflos. SUN FO, der Sohn SUN YAT SENS, ist zurückgetreten, noch ist die Entscheidung darüber nicht gefallen, ob TSCHIANGKAISCHEK, der General, zurückkehrt, um die Regierung wieder zu übernehmen, von der er Mitte Dezember, auf Druck der Kantonesen, wie es hieß, Abstand genommen hat.

Wie die Lage außenpolitisch ist, darüber sind wir uns im klaren. Japan rückt ungehindert vor; wenn es noch redet, so sicher nicht, um seine Räubereien zu rechtfertigen, sondern aus mitleidiger Rücksicht gegen den Völkerbund, wenn dieser um eine Antwort bettelt. Die Großmächte, vor allem England und Amerika, halten sich zurück, weil ihre Kalkulationen noch kein einwandfreies Ergebnis zeitigen: raubt Japan zu viel; stopft es nachher die „offene Tür" mit Japanern zu, so daß kein anderer sich mehr hindurchzwängen kann — oder raubt es gerade nur so viel, daß das geschwächte China nachher für eine Aufteilung reif ist, an der auch sie sich beteiligen können? Solange diese Entscheidung nicht feststeht, werden Telegramme mit Tokio getauscht, die die Verbindung unterhalten und mit denen man mißliebige Frager beruhigen kann.

Weit unübersichtlicher als mit der außenpolitischen Ohnmacht Chinas steht es mit seinen inneren Verhältnissen. Wir hören von der Nanking- und Kantongruppe, von der Kuomintang, von den Generalen, von den kommunistischen Vorstößen, von Studentenbewegungen. Wie spielen diese Kräfte miteinander oder gegeneinander? Was bedeutet es, wenn jetzt, wie es heißt, TSCHIANGKAISCHEK wieder die Führung in Nanking übernimmt?

Gegenüber den Generalen alten Schlages, die als Feudalherren bis 1927 China beherrschten, unterscheiden sich die neuen Militärherren dadurch, daß sie erstens Hand in Hand mit der mittlerweile reaktionär gewordenen Kuomintang arbeiten, daß sie zweitens ein politisches Bündnis mit den Bankiers von Schanghai unterhalten.

Diese Herren von Schanghai geben ihr Geld, damit die Generale ihnen die Revolutionäre und Räuber vom Halse schaffen. Unsichere Landstraßen und Aufstände in Fabriken können jedes sonst noch so gute Ausbeutergeschäft verderben. Die Hauptfigur in dieser Union von Geldherren und Truppenführern ist TSCHIANGKAISCHEK, dessen Intelligenz und Willenskraft, wie unser chinesischer Mitarbeiter schreibt, bisher das Verdienst gebührt, die Fruchtbarkeit der Ehe zwischen Gold und Eisen am besten ausgenützt zu haben.

Aber es gibt Ehrgeizige und Unzufriedene, denen TSCHIANGKAISCHEKS Erfolge nicht passen. Unter ihnen ragt der Truppenführer WANG CHING WEI hervor, der 1930 von Norden her, 1931 von Süden her die Regierung in Nanking bedroht hat. Beide Male ohne Erfolg. Denn hinter dem General WANG, von dem es heißt, daß er zu dem linken Flügel der Kuomintang gehört, stehen keine Massen. Aus zweifachem Grund: Die Fähigsten der Führer, die diese Massen hätten sammeln müssen, sind eingekerkert, verbannt oder hingerichtet, und WANG selber ist kein Vertreter der Interessen des Volkes. Die Abenteuer seiner Laufbahn legen die Vermutung nahe, daß geldkräftige Reaktionäre die Bahn dieses Mannes zu bestimmen vermögen.

Was aber hat dann TSCHIANGKAISCHEK bewogen, im Dezember 1931 das Feld zu räumen? Die widerstandslose Preisgabe der Mandschurei, die man der Nanking-Regierung vorwirft, hat sicher zum Sturz TSCHIANGKAISCHEK beigetragen. Dieser Sturm gegen das würdelose Zurückweichen der Regierung wurde vor allem von Studenten geschürt, die auch den Tokio aufs äußerste erbitternden Boykott gegen japanische Waren organisiert haben. Einunddreißig von ihnen haben dieses Wagnis mit dem Leben gebüßt. Aber dieser nationale Widerstand allein erklärt es nicht daß der General TSCHIANG seinen Platz den Kantonesen einräume. Entscheidend waren in Wahrheit seine Differenzen mit seinen kapitalistischen Freunden in Schanghai. Die waren zu der Ansicht gekommen, daß die Freundschaft mit dem Militär viel Geld koste, ohne etwas einzubringen.

„Der Bürgerkrieg hat nicht aufgehört, das Räuberwesen ist nicht unterdrückt worden", erklärten sie öffentlich. Und in der Tat: Die Provinz Kiangsi gehorcht den Kommunisten, die Provinz Hupeh geht den gleichen Weg. Revolution und die Anarchie des Räuberwesens, die der General unterdrücken sollte, machten Fortschritte. Folglich drohten die Geldgeber mit Sperrung der Kredite. Und solche Drohung war ernst zu nehmen. Ihre Durchführung bedeutete den Staatsbankrott. Diese Auseinandersetzung den Nachfolgern in Kanton aufzuerlegen, war TSCHIANGKAISCHEK bereit. Er trat zurück.

Die Kanton-Regierung trat vor. Sie verkündete „Versöhnung" der feindlichen Gegensätze in der Kuomintang. WANG CHING WEI erklärte die Ablösung der Militärherr-

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Für die Arbeiterfront.

Ein Brief des ISK.

Wir haben im „Funken" vom 17. Januar einen Vorschlag gemacht, daß die deutsche Arbeiterschaft wenigstens in der leicht zu durchschauenden Frage der Präsidentenwahl eine Einheitsfront schließen und einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen solle. Dieser Vorschlag hat bei vielen der uns bekannten Genossen aller Richtungen (auch Kommunisten und Sozialdemokraten!) sehr belebend gewirkt. Da wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen möchten, nicht alles getan zu haben, die Durchführung unseres Vorschlages zu verwirklichen, haben wir uns nicht darauf beschränkt, ihn im „Funken" abzudrucken, sondern wir haben ihn an die Organisationen geschickt, denen wir zumuten, Arbeiterpolitik zu machen.

Ueber das Ergebnis des Vorschlages werden wir berichten. Wir bitten alle Genossen und Kollegen, denen an der Durchführung des Vorschlages liegt, die also praktisch gegen den Faschismus etwas unternehmen wollen, uns bei unseren Bemühungen zu unterstützen und also in ihren Organisationen auf das Zustandekommen der Einheitsfront für den Arbeiterkandidaten hinzuwirken.

Der Brief an die Organisationen hatte folgenden Wortlaut:

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund
Bundes-Vorstand

Berlin S 14, den 27. 1. 1932.
Inselstr. 8 a I.

Werte Genossen!

Wir machen Euch hiermit den Vorschlag, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft, wie überhaupt die gesamte am Rückgang des Faschismus interessierte Bevölkerung Deutschlands sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentschaft einigen sollte. Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK) hat diesen Vorschlag am 17. Januar in der Tageszeitung „Der Funke" näher begründet; ein Exemplar dieser Nummer fügen wir bei.

Der ISK vertritt die Auffassung, daß sich ein solcher Kandidat finden ließe, wenn ein aus Vertretern der hier unten angegebenen und anderer Organisationen zusammengesetzter Ausschuß sich in Ruhe und Sachlichkeit über diese Frage unterhielte.

Wir schlagen vor, daß die Initiative zur Bildung eines solchen Ausschusses vom Vorstand des ADGB ausgeht und daß dieser so bald wie möglich Einladungen an die entsprechenden Organisationen verschickt.

Die Schwierigkeiten, die sich einer solchen Aufgabe in den Weg stellen, können auf keinen Fall auch nur annähernd hinreichen zur Begründung der Unterlassung des Versuchs, eine Einheitsfront aller Antifaschisten in einer so konkreten Frage herzustellen. Auch die bereits erfolgte Aufstellung ERNST THÄLMANNS seitens der KPD ist kein unüberwindliches Hindernis.

Wir erbitten Eure Antwort möglichst umgehend und sind

mit sozialistischem Gruß

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.
Für den Bundes-Vorstand: Willi Eichler.

*

Dieser Brief ist gesandt worden an:
Die Vorstände des ADGB, des ADB, des Afa-Bundes, des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der Bolschewiki-Leninisten, des Deutschen Freidenker-Verbandes, der Deutschen Friedensgesellschaft, der Gruppe revolutionärer Pazifisten, der KPD, der KPD-O, des Lenin-Bundes, des „Reichsbanners", der RGO, der SAP, der SPD, des Verbandes proletarischer Freidenker.

Wir sind gern bereit, ihn auch noch an andere Organisationen zu senden, die uns als geeignet dafür genannt werden.

Die Einheitsfront der Bürger.

Der Berliner Oberbürgermeister für Hindenburg.

h Berlin, 27. Januar.

Der Oberbürgermeister von Berlin, SAHM, will einen Ausschuß aus bekannten Persönlichkeiten bilden, der die Wiederwahl HINDENBURGS vorbereiten soll. Die Einladungen an die in Aussicht genommenen Personen sollen bald herausgehen, sodaß der neue Ausschuß voraussichtlich Anfang der nächsten Woche einen Aufruf erlassen wird.

Zur Lage im Fernen Osten.

b Schanghai, 27. Januar.

Der japanische Generalkonsul hat dem chinesischen Bürgermeister ein neues Ultimatum überreicht, in dem eine befriedigende Antwort auf die japanischen Forderungen bis zum Donnerstag 23 Uhr MEZ verlangt wird. Auf allen Seiten werden Vorbereitungen getroffen, um gegen die drohende Gefahr eines offenen Ausbruches von Feindseligkeiten geschützt zu sein.

c Tokio, 27. Januar.

Der japanische Generalkonsul in Schanghai, MURAI, hat die japanischen Konsulate in Nanking, Futschau Wuhu und Kanton angewiesen, allen Japanern zu empfehlen, das Land zu verlassen, da die politische Lage in China sehr unsicher sei. Am heutigen Mittwoch ist in Schanghai ein japanisches Geschwader aus schweren Bombenflugzeugen gelandet. Nach einer Meldung des japanischen Marinekommandos werden am Donnerstag zwei weitere Luftgeschwader aus Osaka erwartet.

b Schanghai, 28. Januar.

Der Schanghaier Bürgermeister hat den Befehl zur Auflösung der japanfeindlichen Organisationen, darunter der Boykottvereinigung gegen japanische Waren, gegeben. Es ist daher zu erwarten, daß die chinesische Antwort auf das Ultimatum in bejahendem Sinne ausfallen wird, da die übrigen drei Bedingungen von den Chinesen schon vorher angenommen worden sind. Der chinesische Bürgermeister hat ferner einen Aufruf an alle chinesischen Bürger erlassen, jede feindselige Kundgebung gegen Japan zu unterlassen.

n. London, 27. Januar.

In London traf am Dienstag abend eine amerikanische Note ein, die sich mit der Lage in Schanghai und dem dortigen Vorgehen der Japaner befaßt. Der Inhalt der Note wird geheim gehalten.

h Washington, 28. Januar.

Obwohl die Behörden versuchen, die Bedeutung der Vorfälle in Schanghai abzuschwächen, werden doch Erwägungen über einen gemeinsamen Wirtschaftsdruck und eine Flottenkundgebung angestellt. Die Meldungen, daß in Manila Vorbereitungen für die Abfahrt amerikanischer Kriegsschiffe nach Schanghai getroffen werden, finden keine Bestätigung.

Nach einer Rücksprache mit Präsident HOOVER übersandte STIMSON die gesamten Akten über die japanische Frage dem Senat. Diese Tatsache ist besonders bedeutungsvoll, da ein Wirtschaftsdruck nur vom Kongreß verlangt werden kann.

Noch keine Entscheidung im schlesischen Lohnkampf.

f Kattowitz, 27. Januar.

Am Mittwoch fanden vor dem Sonderschlichtungsausschuß die Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne im ostoberschlesischen Bergbau statt. Um das vorgebrachte Material eingehend prüfen zu können, vertagte der Vorsitzende die Entscheidung auf Donnerstag.

(Fortsetzung von der 1. Seite)

schaft durch die Demokratie. Der Sohn SUN YAT SENS, SUN FO, gab seinen Namen für das Amt des Ministerpräsidenten her. Einen Mißklang brachten freilich gleich zu Anfang die Worte TSCHIANGKAISCHEKS, der die Proklamationen der Kantonesen als „leeres Geschwätz" bezeichnete und sie höhnisch aufforderte, den Schutz der Fremdenpolizei in Schanghai fahren zu lassen — sie hatten dort ihr Kabinett zusammengestellt — und sich in den Schutz der Mauern von Nanking zu begeben, was sie ihrerseits ablehnten, solange der General TSCHIANG nicht zurückgetreten sei.

Einen anderen Mißklang brachte der Vorwurf von der Witwe SUN YAT SENS. Sie erklärte, daß es den neuen Politikern nur auf die Teilung der Beute ankomme, nicht auf eine Fortsetzung der Traditionen SUN YAT SENS.

Die Proklamationen gingen noch eine Weile fort; von einer neuen, festen Hand war nichts zu spüren. Wenige Wochen nur hat die Herrschaft dieser Gruppe gedauert. Eingekeilt zwischen den Geldgebern Schanghais und den abwartenden Provinzgeneralen unter der Führung TSCHIANGKAISCHEKS, ohne Verbindung mit den Massen der Arbeiter und Bauern, von Japan im Norden und von der See her unter die Gewalt der Kanonen genommen, sind sie vor dem allseitigen Druck zurückgewichen und haben demissioniert. Morgen schon wird vielleicht die Rückkehr TSCHIANGKAISCHEKS gemeldet.

China, das von außen bedrohte, mit Resolutionen pazifistischer, demokratischer, bürgerlicher und proletarischer Organisationen beschwichtigte China, liegt blutend am Boden.

Seine Arbeitermassen in Gärung, aber ohne zielsichere Führung; seine Bauern durch die Not zu Banditen und Soldaten gemacht; seine Generale Räuber, die sich von Landstraßenräubern nur dadurch unterscheiden, daß sie die Macht haben, die jene erst an sich zu reißen suchen, sein Reichtum in der Hand westlicher Kapitalisten — so steht heute dieses entrechtete Volk ohne Regierung da. Von der Regierung, die es morgen erhält, wird es nicht gerettet werden. Die Leiden werden dauern, wahrscheinlich noch wachsen, denn den Bauern und Arbeitern, diesen noch unerfahrenen Rekruten der eigenen Befreiung, steht ja die übermächtige und gierige kapitalistische Zivilisation und die eigene Oberschicht als Feind gegenüber. Seit den Tagen der Opiumkriege hat das chinesische Proletariat seinen Widerstand mit verschärften Leiden bezahlt. Nicht mit dem Appell an seine Erhebung ist ihm heute gedient, sondern nur mit dem internationalen Kampf gegen diese Zivilisation, dem die chinesischen Genossen sich anschließen sollten. Nur die Zerstörung der Feinde Chinas in Europa, Amerika und Asien, durch jahrelange gemeinsame Arbeit des revolutionären Proletariats kann die Zerstörung Chinas aufhalten.

Kurze Meldungen.

Zum Schutz der amerikanischen Interessen.

b Schanghai, 27. Januar.

Der amerikanische Zerstörer „Bery" ist in Schanghai zum Schutze der amerikanischen Interessen eingelaufen.

Ma übernimmt den Schutz von Tsitsikar.

s Moskau, 27. Januar.

Nach einer russischen Meldung aus Mukden wurde zwischen dem japanischen Oberkommando und General MA vereinbart, daß die Armee MAs den Schutz der Stadt Tsitsikar übernimmt. Am Dienstag sind in Tsitsikar weitere Truppen MAs eingetroffen.

Rücktritt der österreichischen Regierung.

k Wien, 27. Januar.

In einem Ministerrat um 15,30 Uhr hat die Regierung BURESCH ihren Gesamtrücktritt beschlossen. Der Bundeskanzler begab sich sofort zum Bundespräsidenten MIKLAS, der den Rücktritt der Gesamtregierung annahm und Dr. BURESCH mit der Neubildung der Regierung betraute.

Die Gründe des Rücktritts liegen wahrscheinlach in dem in der letzten Zeit von einem großen Teil der christlichsozialen Presse geäußerten Wunsche nach einer Verstärkung der Autorität der Regierung. Dabei wurde wiederholt der Name Dr. SEIPELS genannt. Der Rücktritt ist das Ergebnis der Beratungen der Bundesparteileitung der christlichsozialen Partei, die am Mittwoch begonnen haben.

Erregung in Nordspanien.

p Madrid, 27. Januar.

Die Verfügung über die sofortige Auflösung des Jesuitenordens hat in Nordspanien große Bestürzung hervorgerufen. In zahlreichen Schreiben fordern die dortigen Bürgermeister die Zurücknahme der Verfügung. Die Mehrzahl der Ordensgeistlichen hat das Land bereits verlassen und ist nach Belgien übergesiedelt.

Der Streik in Spanien flaut ab.

p Madrid, 27. Januar.

Der Streik flaut immer mehr ab. In Sevilla, Almeria, Alicante, Alcoy und in mehreren kleineren Städten dauern allerdings Teilstreiks noch an.

Das gesunkene Unterseeboot noch nicht gefunden!

m London, 27. Januar

An den Nachforschungen nach dem gesunkenen englischen Unterseeboot „M 2" nehmen 18 Schiffe und ein Marineflugzeug teil. Trotz der fieberhaften Bemühungen konnte das Unterseeboot noch immer nicht gefunden werden. Die Arbeit mit Tauchern war wegen schwerer See nicht möglich.

m London, 27. Januar.

Sämtliche Frauen der im Unterseeboot befindlichen Offiziere und Matrosen erhielten ein Telegramm von dem Kapitän des Kreuzers, der die Nachforschungen leitet. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Bedauere, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Ihr Gatte vermißt wird. Wir befürchten, daß er mit dem auf der Höhe von Portsland untergegangenen Unterseeboot M 2 untergegangen und ertrunken ist."

Zur Wahl des Präsidenten der Saarregierung.

i Genf, 27. Januar.

Ueber die Neuwahl des Präsidenten und des Justizmitgliedes der Saarregierung werden zur Zeit vertrauliche Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Abordnung geführt. Auf französischer Seite sucht man die Wahl des Schweizer Obersten REYNIER, der eine Zeitlang Präsident des Hafenausschusses in Danzig war, durchzusetzen. Deutscherseits ist man gegen die Wahl eines Westschweizers, da bereits zwei leitende Beamte der Saarregierung aus der Westschweiz stammen. Man ist vielmehr wiederum für die Wahl eines Engländers zum Präsidenten der Saarregierung.

Weitere Betriebseinschränkungen.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", Essen, Nr. 21, vom 22. Januar 1932, meldet die Entlassung von 120 Arbeitern und Stillegung eines Hochofens bei der Duisburger Kupferhütte, einem Konzernwerk der I.-G. Farbenindustrie, A.-G.

Die Verwaltungsreform beginnt in Bayern.

l München, 27. Januar.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossen, daß das rechtsrheinische Bayern in Zukunft nicht mehr sieben, wie bisher, sondern nur noch zwei Kreisregierungen haben soll.

Städtische Gebäude für NS-Versammlungen gesperrt.

a Hannover, 27. Januar.

Die preußische Regierung hat dem Magistrat der Stadt Hannover verboten, städtische Gebäude in Zukunft für Versammlungen der NSDAP zu vermieten. Stadthalle und Ausstellungshalle sind also in Zukunft für Versammlungen der Nazis gesperrt.

Thüringen legt Revision ein.

p Weimar, 27. Januar.

Das thüringische Kabinett beschloß am Mittwoch, gegen das Urteil, das vom Oberlandesgericht Jena zu Gunsten des ehemaligen Altenburger Herzogs gefällt worden war, Revision beim Reichsgericht einzulegen.

Thüringens Theater.

p Weimar, 27. Januar.

Das thüringische Kabinett beriet über die Finanzierung der Landestheater. Die Regierung wollte vom Landtag die Ermächtigung haben, die Finanzierung entsprechend der angespannten Finanzlage neu zu regeln. Es wurde jedoch beschlossen, in den Haushalt für 1932 zunächst die gleiche Summe für Theaterzwecke einzusetzen wie im Vorjahre. Die Frage der Schließung von Theatern soll erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die Theaterbeiträge der Kreise und Gemeinden nicht pünktlich eingehen sollten.

Nationalistischer Rummel.

I. H. Berlin, 28. Januar.

Das SCHERINGER-Komitee veranstaltete gestern in den Spichern-Sälen eine Kundgebung für die Befreiung SCHERINGERS aus dem Untersuchungsgefängnis.

Es sprachen eine Reihe Literaten und früherer Fememörder.

Was stellte das ganze dar? Eine Solidaritätserklärung einer überwiegend kommunistischen Massenversammlung mit dem ehemaligen Nazi-Offizier SCHERINGER und dem ehemaligen rechtsradikalen Bauernführer CLAUS HEIM. Ehemaligen? Noch vor einem Jahr waren die beiden führend im anderen Lager. Nein, noch heute gehören sie nicht in die Reihen von Sozialisten. In Wirklichkeit sind sie Nationalisten aus Herzensgrund. Nur Nationalisten reden von einem „unbedingten Zusammenhang zwischen national und sozial", wie es SCHERINGER tut. Für Sozialisten gibt es so etwas einfach nicht.

Was hat die Kommunistische Partei davon, daß sie mit SCHERINGER um einen Märtyrer reicher geworden ist? Sie bedenkt die Arbeiterschaft mit einer neuen „Einheitsfront", in der das Wort international spärlich ist.

Während der Versammlung verstand ich zunächst nicht, warum man mit einer solchen Kraftaufwendung für einen ehemaligen Nationalsozialisten eintrat. Gibt es nicht Tausende von Arbeitern, die das gleiche Los hinter Gefängnismauern ertragen, deren Name nicht erwähnt wird? Warum reiht man SCHERINGER nicht ein in diese Front der Namenlosen? Es wäre für ihn gewiß verdienstvoller gewesen. Allmählich mußte ich glauben, daß es um einen verderblichen Kurs der KPD ging, der gerade im heutigen Augenblick so gefährlich ist, in dem der Nationalismus die Gemüter aufgepeitscht hat, sodaß wahrlich nicht mehr viel nötig ist, um in den nächsten Krieg hineinzuschliddern.

Die SPD im Sportpalast.

M. H. Berlin, 28. Januar

Gestern fand im Sportpalast eine Kundgebung der SPD gegen den Faschismus statt. Sie war überfüllt; schon vor 20 Uhr wurde der Einlaß gesperrt, da der Saal voll war. Die vier Redner des Abends — MARIE JUCHACZ, PAUL LÖBE, der französische Sozialdemokrat PAUL FAURE und der italienische PIETRO NENNI — sprachen im wesentlichen gegen die Nationalsozialisten und über die Gefahr des Faschismus. „Wir werden HITLER 1932 nicht an die Macht lassen!" FAURE versicherte, daß die französischen Sozialdemokraten alles tun würden, um die deutsch-französische Verständigung zu fördern; „Totalabrüstung" hätten sie als ersten Punkt auf ihr Programm geschrieben. Ueber die Kommunisten wurde kaum ein Wort gesagt. Es fehlte aber auch jedes Wort der Stellungnahme zu einer so brennenden Frage wie der Präsidentenwahl, obwohl doch diese Gelegenheit eine der besten sein würde, die Arbeiterschaft gegen HITLER geschlossen marschieren zu lassen.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(23. Fortsetzung.)

IX.

Der „Helios" hat eine unruhige Nacht hinter sich. Von Mitternacht bis zum Morgengrauen hat er sich mit bösartigen Winden und Nebeln herumgeschlagen. — Jetzt schiebt sich die Sonnenscheibe übers Meer herauf. Die Uhren sind auf Pariser Zeit vorgestellt. Zehn Uhr vormittags.

Brandt rechnet. Noch viertausend Kilometer! Zwanzig Flugstunden. Nein, neunzehn! Achtzehn! Jetzt werden alle bei der Arbeit sein: Broucq, Lomnier, Millaut, die Landrux, die anderen in London, Berlin, in Brüssel, Warschau, Wien und Madrid. . . . Aufmarsch eines gigantischen Menschenheeres gegen die andrängende Katastrophe, die nicht nur drei Völkern zugedacht ist, sondern alle ruinieren muß. ‚Glück und Unglück sind nicht Sache e i n e s Volkes, sondern aller Völker'!

Warum rafft sich Saint Brice nicht zu einer noblen Gebärde auf, die überdies klug wäre? Warum dieser Rausch von Macht, Ehre und Traditionsglauben! Warum reicht Capponi dem französischen Volke nicht persönlich die Hand? Welche Lorbeeren kann solche Staatskunst eintragen? Kein Franzose darf sich so schmählich an Frankreich vergehen, daß er den Krieg und damit die Auflösung der Nation betreibt!

Brandts Finger umkrampfen in der Tasche der Lederweste ein Blatt Papier. Er hat die Depesche schon in Washington vorbereitet. Jetzt muß sie gefunkt werden! Denn jetzt, vielleicht gerade in dieser Stunde, faßt Capponi seinen letzten Entschluß, denn drei Uhr nachmittags läuft die Frist ab! Es kann doch eines Brandt nicht unwürdig sein, an den römischen Diktator einen Appell zu funken, der aus überwinden der Menschlichkeit geboren ist! Oder wird der Duce den Funkspruch verächtlich in den Papierkorb schleudern: Ah, der gefährliche Narr, für den seit langem eine Kerkerzelle in Italien bereitsteht!

Brandt kämpft. Plötzlich dreht er sich um und streckt Laroque das Papier hin. Der liest, blickt überrascht auf.

„Ja, es muß sein. Bitte, losfunken!"

Laroque läßt den Sender spielen. In die Welt hinaus blitzen in französischem Klartext die Sätze, die Brandt ein persönliches Mannesopfer gekostet haben, denn sie tragen dem Todfeind die Versöhnung an:

„Ministerpräsident Capponi, Rom. — Der Zwiespalt zwischen Frankreich und Italien schmerzt mich tief. Unsere Völker begehren den Frieden, weil sie wissen, daß ein Krieg Anarchie und Auflösung bedeutet. Sollte es zwischen zwei großen und edlen Nationen kein würdigeres Instrument geben als diplomatische Noten, neben denen schon das Schwert liegt? In zwanzig Stunden bin ich in Paris. Mit letzter Kraft und selbstlosem Willen werde ich für den Frieden und gegen den Krieg kämpfen. Der Weg der Versöhnung muß gefunden werden! Ich vertraue mit Zuversicht auf Ihre Ritterlichkeit und auf eine Antwort an Frankreich, die die Brücke nicht zerschneidet. Europa erwartet mit heißem Herzen, daß seine Führer in dieser Stunde so groß sind, wie sie vor zwanzig Jahren klein und unfähig waren. Frankreich grüßt Italien! — Léon Brandt."

Der Chefredakteur des Berliner „Vorwärts" unterbrach den Leitartikel, den er für die Abendausgabe unter der Feder hatte, las zum fünften Male die Botschaft des französischen Ministers an den Duce, zerriß den schon halb fertigen Leitartikel und schrieb einen neuen, in dem er Léon Brandt als den unerschrockenen Verkünder neuer staatsmännischer Gesinnung und Methoden pries, und den er stolz überschrieb: Politik und Adelsmensch.

In den Staatskanzleien Europas reichte man den „Helios"-Funkspruch von Hand zu Hand, schüttelte den Kopf, lächelte spöttisch oder ungläubig, der eine oder andere Minister tippte vielleicht gegen die Stirn: vielleicht wird wirklich bessere Politik gemacht, wenn die Politiker mehr mit dem Herzen als mit dem Gehirn dächten!

Baron Saint Brice durchmaß unwillig seinen Arbeitsraum. Der Appell seines Außenministers an den Duce war zweifellos gut gemeint, aber höchst undiplomatisch! Die Stimme des Herzens war heute wie früher ein untaugliches Mittel der Politik! Capponi würde nur wegwerfend die Lippen verziehen. Denn dieser in Eisen einherklirrende Faschist ließ sich nicht mit Schalmeien einfangen. . . . Zwar — auch ein Cäsar hat zuweilen humane Anwandlungen . . . man sagte Capponi sogar nach, daß er ritterliche Kampfweise und großartige Gesten hier und da gern zur Schau trug. — Bei diesem Gedanken fühlte Saint Brice plötzlich eine kleine Entspannung der Nerven. Ja, ein ehrenvoller Rückzug, der sowohl Paris als Rom befriedigte — wäre eine ideale Lösung gewesen. . . . Denn schwer, unerhört schwer trugen die siebzigjährigen Schultern an der Last der Verantwortung. Wenn Capponi sich durch Brandts großherzigen Anruf zur Vernunft bekehrte . . .? — Der weißhaarige Greis begann, ohne daß er es sich eingestanden hätte, sich an eine ferne Hoffnung zu klammern: vielleicht war der „Helios"-Funkspruch doch ganz wirksam und klug gewesen. . . .

*

Im Arbeitssaal des Duce sind die Seidenvorhänge gegen die grelle Vormittagssonne vorgezogen.

Capponi sitzt regungslos über den Renaissancetisch geneigt. Der Staatssekretär, zwei Schritte rechts von ihm im Sessel, hängt mit erwartungsvollen Augen am steinernen Gesicht seines Herrn. Der Duce braucht lange zur Lektüre der wenigen Sätze! Und noch länger, um seinen Befehl zu erteilen.

Capponi richtet sich aus seiner Versteinerung auf. Mit raschem Griff zieht er einen der Depeschenhaufen über den Tisch heran, wühlt in den Blättern, bis er das Gesuchte gefunden hat, schlägt leise mit der Faust auf die Armstütze des Stuhles:

„Bitte, mein Lieber!", sagt er gedämpft und mit rascheren Atemzügen als sonst. „Bitte, wer von den beiden führt uns an der Nase herum? Saint Brice schickte mir gestern ein feindseliges Ultimatum ins Haus, das ich bis heute nachmittag drei Uhr annehmen oder verwerfen muß — und hier übermittelt mir der Außenminister Brandt Grüße Frankreichs an Italien! Bitte, lösen Sie das Rätsel, mein Lieber!" Er starrt den Staatssekretär drohend an.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaften und Notverordnung.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) stellt am 14. Dezember zur Vierten Notverordnung in einer Entschließung fest, „daß die Regierung in der Notverordnung die wiederholten ernsten Warnungen der Gewerkschaften unberücksichtigt gelassen und statt dessen den von den Arbeitgebern erhobenen Forderungen nachgegeben hat".[1])

Das ist das Eingeständnis einer Niederlage der Gewerkschaften. Welche Bedeutung diese Niederlage für die Arbeiter hat, geht aus einem Bericht hervor, den das Mitglied des Bundesvorstandes des ADGB Spliedt in der Sitzung des Bundesausschusses über die tariflichen und lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung gab.[2]) Danach geht die Absicht der Regierung in der Lohn- und Gehaltsfrage dahin, die Löhne und Gehälter um rund ein Viertel zu senken, gemessen an ihrem Höchststand (Durchschnitt 1930). Tatsächlich wird aber der Abbau der Löhne nach der Durchführung der Notverordnung weit schlimmer sein. Nach der Tarifstatistik des ADGB betrug der Lohnabbau im 1. Halbjahr 1931 im gewogenen Durchschnitt 6,5 Prozent. Mit Beginn des 3. Quartals 1931 setzte eine zweite Lohnabbauwelle ein, die fast durchweg Arbeiter betraf, deren Tariflohn bereits im 1. Halbjahr gekürzt worden war. Der Gesamtabzug betrug im gewogenen Durchschnitt 11,8 Prozent. Die Vierte Notverordnung fügt einen weiteren Abbau um 10 Prozent hinzu, daß der Gesamtabzug, ausgehend vom Höchststand der Tariflöhne Ende 1930, durchschnittlich 21,8 Prozent beträgt.

Die Senkung der tatsächlichen Löhne ist aber noch erheblich höher, da seit Mitte 1930 auch ein Absinken der übertariflichen Zulagen, der Akkordsätze usw. eintrat, das sich auch 1931 bei bereits gesenkten Löhnen noch fortsetzte. Spliedt schätzt diesen Abbau auf weitere 5 bis 7 Prozent, so daß, abgesehen von den Verdienstminderungen durch Kurzarbeit, der tatsächliche Lohn um 27 bis 29 Prozent gesenkt worden ist.[2])

Die enorme Senkung der bereits wiederholt gesenkten Löhne um 10 Prozent, beziehungsweise auf den Stand vom 10. Januar 1927, durch die Vierte Notverordnung, ist kurzerhand verfügt worden. Führen die Vertragsparteien die Lohnsenkung nicht innerhalb festgesetzter Fristen durch, setzt der Schlichter die Löhne von sich aus bindend fest, eng gebunden an die Bestimmungen der Notverordnung. Der Schlichter ist auf Grund der Notverordnung, mehr noch als früher, eine bloß ausführende Staatsbehörde. Er kann die Geltungsdauer der Tarife, die auf Grund der Notverordnung allgemein bis zum 30. April 1932 gelten, sogar bis zum 30. September 1932 verlängern.

Ob die Tarifparteien mit diesem Verfahren einverstanden sind, ist gleichgültig. Danach wird nicht gefragt. Die Arbeitgeber werden wohl einverstanden sein, denn die Regierung ist ja ihren Forderungen gefolgt. Die Gewerkschaften können aber nicht einverstanden sein, können aber auch legal nichts unternehmen, weil durch Gesetz in ihr Verfügungsrecht eingegriffen worden ist.

Die Vierte Notverordnung hebt damit praktisch das bisher geltende Tarifrecht und die Koalitionsfreiheit der Arbeiter auf. Es wird Zeit, daß darüber Klarheit geschaffen wird und daß sich die Gewerkschaften darauf besinnen, daß sie in ihrer Existenz bedroht sind, wenn es in Zukunft bei diesem Verfahren bleiben sollte, was trotz gegenteiliger Versicherungen der Regierung nicht ausgeschlossen ist. Die Mitgliedschaft der Arbeiter in den Gewerkschaften hat nur dann einen Sinn, wenn die Gewerkschaften die Möglichkeit haben, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen und für eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu kämpfen. Die Vierte Notverordnung beraubt aber die Gewerkschaften dieser Möglichkeit.

Die Gewerkschaften sind an dieser Lage nicht schuldlos, denn die Vierte Notverordnung setzt nur konsequent fort, was mit der leider von den Gewerkschaften selber grundsätzlich anerkannten Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse begonnen hat. Bei der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen wird nach voraufgegangenen Verhandlungen der Vertragsparteien die fehlende Zustimmung einer Partei zu einem Schiedsspruch durch staatlichen Zwang ersetzt, gegen den es keine Auflehnung gibt. Bei der Vierten Notverordnung setzt dieser staatliche Zwang von vornherein ein. Verhandlungen sind unnötig, Kampf aber genau so unmöglich wie bei verbindlich erklärten Schiedssprüchen.

Wenn sich die Gewerkschaften mit dieser Lage abfinden, geben sie sich selber auf. Sie brauchen sich dann nicht zu wundern, wenn ihnen die Mitglieder eines Tages in Scharen davonlaufen. Das kann nur verhütet werden, wenn die Mitglieder deutlich sehen, daß die Gewerkschaften den Kampf aufnehmen gegen staatliche Eingriffe in ihr Vertragsrecht und ernsthaft die Verteidigung des Reallohnes der Arbeiter organisieren.

Mit der Vierten Notverordnung ist auf dem Leidensweg des Tarif- und Schlichtungswesens ein Punkt erreicht, der sogar das faschistische Italien übertrifft. Die „Gewerkschaftszeitung" (Organ des ADGB) berichtet in Nummer 18, vom 4. Mai 1929 unter der Ueberschrift: „Faschistische Gewerkschaftsdämmerung" unter anderem:

„Beim Abschluß der faschistischen Kollektivabkommen haben die Arbeiter nichts zu tun, als das Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen. Alles andere besorgt die Bürokratie der Korporationen nach dem Bedürfnis der politischen Organisation. Ein sprechendes Beispiel hierfür ist das im vergangenen Jahr getroffene Kollektivabkommen für die Metallindustrie Turins, dem einzigen industriellen Bezirk Italiens, der mit unseren deutschen Industrierevieren vergleichbar ist. In diesem Abkommen finden sich nur zwei positiv wirkende Bestimmungen. Nämlich der *§ 5, der bestimmt, daß die* örtlich zu schaffenden Lohngrundlagen die Betriebe nicht stärker belasten dürfen. Ferner die Festsetzung der Geldstrafen mit einer Erhöhung von 20 bis 60 v. H. Die Lohnfestsetzung ist restlos den lokalen Instanzen überlassen, wobei der Beschluß des faschistischen Großen Rates auf 20prozentige Lohnreduzierung als Leitschnur aufgestellt wurde."

Im faschistischen Italien besorgt also immerhin noch die Bürokratie der Korporationen, das sind die faschistischen Gewerkschaften, den Abschluß von Kollektivabkommen und lediglich die Arbeiter haben das Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen. Im Deutschland der Notverordnungen haben jetzt nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Gewerkschaften die Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen, die nach dem Bedürfnis der politischen Organisation, des Staates, nach den Forderungen der Arbeitgeber festgesetzt werden.

Das zeigt uns, welchen Umfang die Niederlage der Arbeiter in Deutschland erreicht hat.

Der ADGB vereinigt in seinen Reihen 5 Millionen Mitglieder. Das ist eine Macht. Diese 5 Millionen Arbeiter sind verbittert und empört über die Vergewaltigung ihrer Interessen. Sie warten auf Kampfmaßnahmen ihrer Verbände und erwarten, daß der ADGB sie aufruft zum Kampf, damit schnellstens eine Lage geschaffen wird, daß die Regierung die „ernsten Warnungen der Gewerkschaften" berücksichtigt und nicht den Forderungen der Arbeitgeber nachgibt. Das wird die Regierung tun, wenn ihr mit Nachdruck klar gemacht wird, daß die Gewerkschaften nicht mehr fackeln, sondern in Erfüllung ihrer Aufgabe rücksichtslos und unbekümmert um die bisher geübte Nachsicht gegen politische Verbindungen zum Kampf aufmarschieren. Es gilt die Bahn von staatlichen Zwangseingriffen frei zu machen für den Kampf. Dafür muß auch die Beteiligung der Gewerkschaften an der „Eisernen Front" eingesetzt werden und nicht etwa nur dafür, daß Herr Brüning vor Herrn Hitler geschützt ist.

Vorher ist aber noch nötig eine Revision der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften zum Schlichtungswesen. Darauf werden wir noch zurückkommen.

Fritz Schmalz.

[1]) „Gewerkschaftszeitung", Nr. 51 vom 19. Dezember 1931.
[2]) Ebenda.

14000 streiken in Holland.

Seit Ende November streiken die Arbeiter der osthollündischen Textilindustrie (Enschede, Hengelo, Borne, *Almelo*).

Anfang November waren in einer Fabrik Differenzen entstanden wegen Lohnherabsetzung trotz erhöhter Arbeitsleistung. Die Gewerkschaften verlangten die Erfüllung bestimmter Forderungen bis zum 17. November. Es gibt dort vier Gewerkschaften: eine protestantische, eine katholische, eine sozialdemokratische und eine unabhängige, jedoch nicht kommunistische. Die Gewerkschaften kündigten den Streik an für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen. Etwa am 10. November gaben die Unternehmer bekannt, daß vom 14. November ab die Löhne aller Arbeiter um fünf Prozent gekürzt werden würden. Der für den 24. November erwartete allgemeine Ausstand scheiterte, weil die christlichen Gewerkschaften in letzter Minute ihre Zustimmung zurückzogen. Es kam nur zu Teilstreiks. Am selben Tage machten die Unternehmer bekannt, daß die Löhne um weitere fünf Prozent gekürzt werden würden, wenn bis zum 28. November der Streik nicht beendet werde. Sofort traten die Arbeiter von vier weiteren Fabriken in den Streik, trotz Widerspruchs der Gewerkschaften. Am 30. November schlossen sich in Enschede weitere Fabriken an, und bis zum 3. Dezember wuchs die Zahl der Streikenden auf 8000. Die Gewerkschaften, außer der unabhängigen, setzten von sich aus den Streikbeginn auf den 14. Dezember fest. Seit diesem Tage streiken etwa 14 000 Arbeiter.

In Enschede arbeiten ungefähr 50 deutsche Streikbrecher aus Gronau. Sie wohnen in den Fabriken. In der Woche vom 10. bis 17. Januar kam es zu Zusammenstößen. Streikbrecher wurden in ihren Wohnungen aufgesucht, vielen von ihnen und auch einigen Fabrikanten die Fenster eingeworfen. Bei den darauf folgenden Zusammenstößen mit der Polizei gab es auf beiden Seiten Verwundete. Die Regierung hat jetzt sämtliche Demonstrationen verboten. O. W.

Aus den Sprüchen des Konfuzius.

Niemand kann ein Volk richtig beurteilen, ohne dessen große Führer zu verstehen. Konfuzius ist der Lehrer des chinesischen Volkes und seiner Regenten gewesen. Solange seine Grundsätze in China galten, *leistete das Reich* dem Ansturm der Barbaren Widerstand.

Jahre der Entwicklung.

Der Meister sprach: „Ich war fünfzehn und mein Wille stand aufs Lernen; mit dreißig stand ich fest; mit vierzig hatte ich keine Zweifel mehr; mit fünfzig war mir das Gesetz des Himmels kund; mit sechzig war mein Ohr aufgetan; mit siebzig konnte ich meines Herzens Wünschen folgen, ohne das Maß zu überschreiten."

*

Geradheit.

Der Meister sprach: „Der Mensch lebt durch Geradheit. Ohne sie lebt er von glücklichen Zufällen und Ausweichen."

*

Das Recht.

Der Meister sprach: „Der Edle hat für nichts auf der Welt eine unbedingte Voreingenommenheit oder eine unbedingte Abneigung. Das Recht allein ist es, auf dessen Seite er steht."

*

Auf der Suche nach Menschen.

Der Meister sprach: „Einen Gottmenschen zu sehen, ist mir nicht vergönnt; wenn es mir vergönnt wäre, einen Edlen zu sehen, dann wäre es schon gut. Einen guten Menschen zu sehen, ist mir nicht vergönnt; wenn es mir vergönnt wäre, einen beharrlichen zu sehen, wäre es schon gut. Aber nicht haben und tun, als habe man, leer sein und tun, als sei man voll, in Verlegenheit sein und tun, als lebe man herrlich und in Freuden; auf diese Weise ist es schwer, beharrlich zu sein."

*

Das Erforschen des Weges.

Der Meister sprach: „Wer nicht spricht: Wie kann ich das machen? Wie kann ich das machen? — mit dem kann ich nichts machen."

*

Vorzeitiger Verzicht.

Jan Kiu sprach: „*Nicht, daß* ich des Meisters Lehre nicht liebte, aber meine Kraft reicht nicht aus dafür." Der Meister sprach: „Wem seine Kraft nicht ausreicht, der bleibt auf halbem Wege liegen, aber Du beschränkst Dich ja von vornherein selber."

*

Kampfgenossen

Der Meister sprach: „Wenn einer mit der bloßen Faust einem Tiger zu Leibe rückt, über den Fluß setzt ohne Boot und den Tod sucht ohne Besinnung: einen solchen würde ich nicht mit mir nehmen; sondern es müßte einer sein, der, wenn er eine Sache unternimmt, besorgt ist, der überlegt und etwas zustande bringt."

*

Der weite Weg.

Der Meister sprach: „Ein Lernender kann nicht sein ohne großes Herz und starken Willen; denn seine Last ist schwer, sein Weg ist weit. Die Sittlichkeit ist seine Last: ist sie nicht schwer? Im Tode erst ist er am Ziel: ist das nicht weit?"

Aus dem Opiumkrieg.

Rosa Luxemburg hat in ihrer Schrift „Die Akkumulation des Kapitals" von dem Kampf Chinas gegen die Einführung des Opiums berichtet.

„Die Periode der Erschließung Chinas für die europäische Kultur, d. h. für den Warenaustausch mit dem europäischen Kapital, wird durch den Opiumkrieg inauguriert (eingeleitet), in dem China gezwungen wird, das Gift aus den indischen Plantagen abzunehmen, um es für die englischen Kapitalisten zu Geld zu machen. Im siebzenten Jahrhundert war die Kultur des Opiums durch die englische Ostindische Kompagnie in Bengalen (Indien) eingeführt und durch ihre Zweigniederlassung in Kanton der Gebrauch des Gifts in China verbreitet. Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts fiel das Opium so stark im Preise, daß es rapid zum „Volksgenußmittel" wurde. . . . Die verheerenden Wirkungen des Giftes, namentlich der billigsten, von der armen Bevölkerung gebrauchten Sorten, gestalteten sich zur öffentlichen Kalamität und riefen als Notwehr seitens Chinas ein Verbot der Einfuhr hervor. Bereits 1828 hatte der Vizekönig von Kanton den Import von Opium verboten, was aber den Handel nur in andere Hafenstädte lenkte. Einer der Pekinger Zensoren (Aufsichtsbeamter) wurde mit der Untersuchung der Frage beauftragt und gab folgendes Gutachten ab:

„Ich habe in Erfahrung gebracht, daß die Opiumraucher nach diesem schädlichen Medikament ein so heftiges Verlangen haben, daß sie alles aufbieten, um sich dessen Genuß zu verschaffen. Wenn sie das Opium nicht zur gewohnten Stunde erhalten, fangen ihre Glieder an zu zittern, dicke Schweißtropfen fließen ihnen von der Stirn und über das Gesicht, und sie sind unfähig, die geringste Beschäftigung zu unternehmen. . . . Ich bin der Ansicht, daß Opium ein weit größeres Uebel ist als das Spiel und daß man daher den Opiumrauchern keine geringere Strafe auferlegen sollte als den Spielern.

Der Zensor schlug vor, daß jeder überführte Opiumraucher zu achtzig Bambushieben, einer, der den Verkäufer nicht angeben wolle, zu hundert Hieben und dreijähriger Verbannung verurteilt werden sollte. . . . Daraufhin wurde 1833 ein verschärftes Gesetz erlassen, das für jeden Opiumraucher hundert Hiebe und zweimonatige Ausstellung am Pranger festsetzte. Die Gouverneure der Provinzen wurden verpflichtet, in ihren Jahresberichten die Erfolge des Kampfes mit dem Opium zu berücksichtigen. Der doppelte Erfolg dieses Kampfes lief freilich darauf hinaus, daß einerseits im Innern Chinas, namentlich in den Provinzen Honan, Setschuan und Kweitschan Mohnkulturen im großen Maßstab angelegt wurden, und daß andererseits England China den Krieg erklärte, um es zur Freigabe der Einfuhr zu zwingen."

Vor Tierkäfigen.

In einer belebten Straße Kölns hat sich eine Reptilienschau aufgemacht. In ein paar armseligen Glaskästen liegen Schlangen und Eidechsen. Der Besitzer weiß, wie heute Reklame gemacht werden muß. Scheußliche Bilder und Plakate im Schaufenster locken die Menge herbei. *„Eine Riesenschlange erwürgt ein lebendes Schwein." „Die Boa constrictor verzehrt ein lebendes Kaninchen." „Besichtigung der Fütterungen nach vorheriger Anmeldung für geschlossene Gesellschaften gern gestattet."*

Was treibt die Menschen in dichten Scharen zu dieser Ausstellung? Wißbegierde? — Nein; denn die zum Teil sehr schönen und in lebendiger Weise unterrichtenden Kölner Museen sind leer. Was hier die Menschen treibt, ist das so oft noch vorhandene barbarische Verhältnis zur Natur, daß ihn an solcher „Grausamkeit" sich weiden läßt. Die Natur ist nicht grausam; sie weiß nichts von solchen Vorstellungen. In ihr siegt die Kraft des Stärkeren, das ist alles. Nur der Mensch vermag grausam zu sein; er ist lüstern nach der Befriedigung seiner Instinkte und liebt es, das gleiche bei andern Geschöpfen zu finden.

Das zieht die Menschen zu den Schaustellungen, in denen Tiere wie Tiere handeln, noch dazu solche, denen man die Bewegung, ihr Lebenselement, genommen hat und denen nun nichts anderes für ihre gefesselten Kräfte geblieben ist, als die Bändigung ihres Hungers.

Das badische Ministerium für Kultus und Unterricht hat ein Schreiben verfaßt, in dem es den Besuch dieser Schau, die Deutschland bereist, „aufs wärmste, besonders den Schulen", empfiehlt. W. F.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Montag, den 1. Februar, Bezirk Lichtenberg, 20 Uhr, Scharnweberstr. 8a, Ecke Kronprinzenstraße, bei Seifke. Thema: Der ISK und die Krise der Arbeiterbewegung.

Dienstag, den 2. Februar, Bezirk Reinickendorf, 20 Uhr, Vereinshaus „Sachse", Ecke Thuner Straße und Holländerstraße. Thema: Der ISK und die Krise der Arbeiterbewegung.

Göttingen: Freitag, den 29. Januar, 20,30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims, Maschmühlenweg. Thema: Die Arbeiterschaft und die Reichspräsidentenwahl.

Köln: Freitag, den 29. Januar 1932, 20.15 Uhr, in den Colonia-Sälen (I. Etage), Aachener Straße 5. Thema: Der ISK und die Krise der Arbeiterbewegung.

Freie Aussprache. Eintritt frei.

NSBO.

W. P. Braunschweig, 27. Januar.

Die Nationalsozialisten machen in Braunschweig außerordentliche Anstrengungen, die Arbeiter in den Betrieben für sich zu gewinnen, weil — wie KLAGGES es aussprach — „die Wiedererweckung des nationalen Freiheitswillens vor allem in den Betrieben" notwendig ist. Sie schrecken bei dieser Arbeit nicht vor Einschüchterungen der Arbeiter durch Terrorakte zurück. Der Ueberfall vor dem Miag-Betrieb, bei dem ein Reichsbannermann erschossen wurde, hat Schule gemacht.

Für heute abend hatten die Nationalsozialisten vorwiegend durch persönliche Schreiben mit anliegender Freikarte zu einer Kundgebung der NSBO (Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation) eingeladen. Unter den 1300 Versammlungsteilnehmern, unter denen männliche und weibliche Angestellte vorherrschten, sah man *zahlreiche Arbeiter.*

Natürlich wurden je ein Arbeiter und ein Angestellter als Redner vorgeschickt, da es darauf ankam, für die NSBO zu werben. Der „Arbeitervertreter" zeigte einen gründlichen Mangel an Kenntnissen, *richtigen* Kenntnissen aus der Geschichte der Wirtschaft und der Arbeiterbewegung. Er schmieß die Sache auf die bekannte demagogische Art, und das Publikum spendete dankbar Beifall.

Trockener war das Referat des Pg. und Staatsministers KLAGGES. Er entwickelte seine Wirtschaftstheorie, eine Theorie, die an kindlicher Einfalt kaum ihresgleichen hat, wenn dabei auch viel die Rede war von der Schaffung der „sozialen Gerechtigkeit". Lebhafter Beifall setzte ein, als er auf die „Söhne Israels", die „israelitischen Familienblätter" (er nannte den „Vorwärts" und die „Frankfurter Zeitung") und die „marxistischen Bonzen" zu sprechen kam.

Die Versammlung wurde nach dem üblichen Theater mit dem gemeinsamen Liede „Bruder in Zechen und Gruben" beschlossen, das nach der Melodie des Arbeiterkampfliedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" gesungen wurde. Hier nur die letzte Strophe:

„Hitler treu ergeben, treu bis in den Tod.
Hitler wird uns führen einst aus dieser Not."

*

Die sozialistisch denkende Arbeiterschaft Braunschweigs wird es in den nächsten Monaten nicht leicht haben, wenn sie die Bildung der NSBO verhindern oder — wo solche Zellen schon bestehen — diese vernichten will. Sie wird diese Aufgabe nur dann lösen können, wenn sie von den freien Gewerkschaften tatkräftig unterstützt wird, ja, wenn die Gewerkschaften den Kampf von sich aus aufnehmen und einheitlich führen werden. An solch einheitlichem Abwehrkampf fehlt es bisher noch. Wer die Kundgebung der NSBO erlebt hat, weiß, wie dringend dieser Kampf ist.

Ausnahmezustand in Braunschweig.

b Braunschweig, 27. Januar.

Veranlaßt durch die täglichen politischen Zusammenstöße in Braunschweig hat der Polizeipräsident eine Polizeinotverordnung erlassen, nach der das Stehenbleiben ohne ersichtlichen Grund, das müßige Auf- und Abgehen und jede Ansammlung von Personen auf Straßen oder an anderen öffentlichen Orten verboten ist.

*

Die Parteigenossen der national„sozialistischen" Straßenverbrecher sitzen in Braunschweig in hohen Staatsämtern. Sollte es nicht möglich sein, die Verbrechen auf den Straßen anders zu verhindern als dadurch, daß man die gesamte Bevölkerung in so entwürdigender Weise gängelt?

Zum Uniformverbot.

h Berlin, 27. Januar.

Nach einer Ausführungsbestimmung des preußischen Innenministers können unter das Uniformverbot der vierten Notverordnung auch solche Kleidungsstücke fallen, die für sich betrachtet von der üblichen Kleidung nicht abweichen; dann nämlich, wenn sie in einheitlicher Aufmachung von einer Gruppe von Personen getragen werden und so diese Personen als Angehörige einer bestimmten politischen Organisation kennzeichnen.

Sinnlose Opfer.

M. Oe. Zürich, 26. Januar.

In Zürich veranstaltete die kommunistische Jugend eine „Protestaktion gegen die faschistische Militärjustiz", weil zwei Mitglieder des „roten Jungsturms" zehn Tage leichten Arrest bekommen hatten wegen ihrer Beteiligung an einer kommunistischen Demonstration in Uniform.

Am Schluß der Demonstration warfen die Demonstranten zwei Schilderhäuschen ein und demolierten das Kasernentor. Die hinter der Tür stehenden Polizisten empfingen die Menge mit Schüssen und verletzten vier Personen, davon einen Jungen schwer.

Wann werden die Kommunisten lernen, daß diese sinnlosen Opfer nichts mit den von ihnen erstrebten „höheren Formen des Klassenkampfes" zu tun haben? Wann werden sie an die Stelle dieser nervösen „Aktionen" eine zielstrebige Schulungs- und Erziehungsarbeit setzen, und damit den Klassenkampf von seiner noch immer primitiven und unzweckmäßigen Form weg auf eine höhere (wirklich zweckmäßige!) bringen! Nicht genug damit, daß die persönlichen Opfer nutzlos vertan werden, liefert man lauen und feigen Leisetretern noch scheinbar einen Grund für die Spießerparole: Nur in Ruhe und Ordnung kann das Proletariat siegen.

Kundgebung des „Funken"

Donnerstag, den 28. Januar 1932, um 20 Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41 (Bhf. Börse).

PROGRAMM:

Musikalische Eröffnung . Beethoven
Es sprechen:
René Berthelet . über Frankreich
Chiyo Chen . . über China
Allan Flanders . . über England
Von der Arbeit des ISK erzählen . . . . . Berichte und Briefe
Gemeinsamer Gesang . . „Die Internationale".

Der Reinertrag ist für den „FUNKEN" bestimmt.

Eintritt: 50 Pf. Erwerbslose: 20 Pf.

ISK
Internationaler Sozialistischer Kampfbund
Ortsverein Berlin.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 29. Januar.

Berlin:
17.50 Das neue Buch: HANS STEFFEN: „Otto Braun".

Hamburg:
20.00 „Völkerschau", ein heiterer Dialektabend.

Königsberg:
18.25 „Der Mensch wird umgebaut", ein Rußlandbuch.

Leipzig:
17.30 SCHUMANN: Rußland — ja und nein (TROTZKI-WEICHMANN-SIEMSEN).

Wien:
21.10 Konzert: Französische Meister (BERLIOZ, RAVEL, DEBUSSY).

Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 Ueberblick über die deutsche Presse in der UdSSR.

Sonnabend, den 30. Januar.

Hamburg:
7.50 W. OBST: Zeitgemäße Ernährungsvorschläge.

Langenberg:
16.20 HENNY SCHUMACHER: Das Kinderelend in der Heimarbeit.
19.30 VON HAM: FERDINAND VON STUMM, Wirtschaftspolitiker und Unternehmer (hier werden wir etwas über den „ungekrönten König des Saarreviers" in nationaler Beleuchtung erfahren, d. Red.).

Mühlacker:
18.40 Prof. PRIBRAM: Internationale Sozialversicherungsprobleme und die bevorstehende Arbeitskonferenz in Genf.

Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 Zur 18. Parteikonferenz der KPR. Dö.

ACHTUNG!

Die Empfänger von Probesendungen seien auf den untenstehenden Bestellschein für den

Bezug des „Funken"

besonders hingewiesen.

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle hiermit den „Funken" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzügl. Bestellgeld.

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA. Berlin S 14. Inselstr 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14. Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabeth Ufer 28-29.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

ISK
Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Der „ISK" behandelt alle wichtigen Fragen des Klassenkampfes.
Er gehört in die Hand aller denkenden Menschen als
Waffe im Kampf gegen die Ausbeutung!
Einzelhefte 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK" erscheint monatlich und kostet 20 Pf., ausschließlich Porto.
IVA G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Reform-Ernährung
Brote, Nuß- und Pflanzen-Fette, Oele, Nußpasten, Honig, Fruchtsäfte, Diät- und Kurmittel, Körperpflegemittel.
Gesenkte Preise in allen Warengattungen
„Gesundheitsquelle"
SO 16, Köpenicker Straße 96, an der Inselstraße.

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM. Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.
Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Kauft bei den Inseraten des „Funken"!

BÜROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 53 42

Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!

Lest die politischen Schriften Leonard Nelsons,
die gerade in der heutigen Zeit des Chaos und der Ziellosigkeit besondere Bedeutung haben. Der Einführung in Nelsons Ideen dient vor allem die Schrift:
Öffentliches Leben
35 Seiten 80 Pfennige
Zu beziehen durch jede Buchhandlung od. direkt vom Verlag (Postsch.: Hannover 606 43)
Verlag „Öffentliches Leben" / Berlin S 14

Konrad, der heilige Nationalökonom.

Altötting ist ein Städtchen mit etwa 5000 Einwohnern. Sein geographischer, wirtschaftlicher und kirchlicher Mittelpunkt ist die sogenannte Gnadenkapelle. Sie steht auf einem großen Platz und birgt ein altes, „wunderwirkendes" Holzstandbild, die schwarze Marie, wie man wegen ihrer dunklen Tönung die Statue der Maria mit dem Christuskinde nennt.

Zu dieser Statue eilen alljährlich Tausende von Gläubigen, die sich Erlösung von ihren Sünden und Heilung ihrer Gebrechen erflehen möchten. Der Bogengang, der die Kapelle umgibt, zeigt, wie üblich, die mehr oder minder naiv ausgedrückten Danksagungen der „Erhörten". Manche der Täfelchen sind hundert und mehr Jahre alt. Von eingeweihter Seite hörte ich, daß solche Dankesurkunden, die für die Stifter mitunter kostspielig waren, ständig und in erheblicher Menge einlaufen und daß sie von Zeit zu Zeit verheizt werden müssen, da es an Raum mangelt, den Segen aufzunehmen. — Außerdem stehen Holzkreuze im Gang, die, oft von bedeutendem Gewicht, aus fernen Orten auf den Schultern zur Gnadenstätte geschleppt worden sind. Die Wallfahrer, die von fern hereilen und zur Abbüßung ihrer Sünden ein übriges tun wollen, nehmen eines der Kreuze auf die Schultern und rutschen mit bloßen Knien auf den Steinfliesen des Ganges um die Kapelle herum, so oft, wie sie es dem Maß ihrer Sünden entsprechend für notwendig halten.

Neben dem Eingang ist im Bogengang ein Laden eingebaut, der alles anbietet, was Altötting in erster Linie an Waren aufzuweisen hat: Rosenkränze in verschiedenen Preislagen, Marien-Statuen, und jetzt, nach der Seligsprechung des Bruders KONRAD, namentlich ihn in allen erdenklichen Aufmachungen. In den Häusern wird auch fast ausschließlich mit religiösen Artikeln Handel getrieben und das Speisebedürfnis der Wallfahrer befriedigt. Es lassen sich zuweilen beide Bedürfnisse befriedigen. Man schenkt den Kindern Rosenkränze aus Zuckerperlen. Nach jedem gesprochenen Gebet darf das Kind eine Perle essen. — Eine ständige Missionsausstellung, ein Panorama, ein Guckkasten und eine Schatzkammer ermöglichen es dem Besucher — gegen Eintrittsgeld —, das Programm der Wallfahrt abwechselnd zu gestalten.

Einen Höhepunkt erlebte Altötting in diesem Sommer anläßlich der Seligsprechung des Kapuzinerbruders KONRAD.

KONRAD war vierzig Jahre lang Pförtner des St. ANNA-Klosters in Altötting gewesen und hatte wohl in strengem Einklang mit den Grundsätzen seines Ordens gelebt. Wenn ein solcher Mensch stirbt, so können die örtlichen Kirchenbehörden nach Ablauf einer gewissen Zeit und bei Anzeichen von Wundern in Rom den Antrag auf Seligsprechung stellen; der Antrag muß nach den Regeln der Kirche notwendig der Heiligsprechung vorangehen. Die Reliquien des Seliggesprochenen dürfen in dieser Zeit den Gläubigen zur öffentlichen Verehrung ausgestellt und seine Bilder mit Strahlen geschmückt werden. Dreißig Jahre waren seit KONRADS Tod vergangen. Nach Aussagen der zuständigen Priester waren Wunder geschehen. Zwei fanden die Anerkennung des Papstes. Ich schildere die Wunder mit den Worten des „Altöttinger Liebfrauenboten":

„Der eine Fall betrifft die achtzigjährige Witwe KUNIGUNDE APFELBACHER, die sieben Jahre lang im Hl. Kreuzspital zu München an unheilbarem Beinknochenfraß die ärgsten Schmerzen litt, bis sie schließlich mit ihren Zimmergenossinnen im Stadium der Unerträglichkeit die Hilfe des Bruders KONRAD anrief, dann ruhig einschlief und gänzlich geheilt erwachte, so daß die schreckliche Wunde kaum mehr erkenntlich war.

Das zweite Wunder betraf das vierjährige Kind ELISABETH ERL von Wasserburg. Durch Unfall bei der Geburt gelähmt und von Rachitis verkrümmt, hingen die Beinchen gänzlich kraftlos und unbrauchbar am Körper. . . . Da liest eines Tages 1926 der Vater im „Liebfrauenboten" von einer wunderbaren Gebetserhörung durch Bruder KONRAD und meint dabei still für sich: ‚Geh, Bruder KONRAD, wenn du doch auch meinem armen Kinde helfen tätest! Hab' dich ja noch gekannt und würde gern dein Grab aus Dankbarkeit besuchen.' Im selben Moment springt das Häuflein Elend, die in einer Zimmerecke am Boden sitzende Kleine auf, läuft auf den Vater zu und ruft, freudig ihm die Hände entgegenstreckend: ‚Da schau her, Vater, wie groß ich schon bin!'"

Die Seligsprechung wurde im Juni 1930 vollzogen. 120 000 Menschen kamen in der Festwoche nach Altötting gepilgert, und der Wohlstand des Städtchens stieg bedeutend. Eine Menge Dorfbewohner, die die Reise nicht bezahlen konnten, liefen von weit her zu Fuß. Ein Fall, der mir selber bekannt wurde, zeigt den Opfermut der kirchlich Verblendeten in besonders grellem Lichte: Eine arme Gütlersfrau, die sich unter vielen Entbehrungen 30 Mark erspart hatte, lief zwei Tage lang auf der Landstraße, bettelte sich das Essen am Weg, legte ihre 30 Mark als Opfer in den Sammelkasten und ging den gleichen Weg zwei Tage lang wieder bettelnd zurück. Die Spenden mußten in Körben aus den geräumigen Opferkästen genommen werden, da sich die Silbermünzen und Banknoten am Eingang stauten. Man hat beobachtet, daß Hundert-Mark-Scheine aus Bauernhänden in die Opferkästen fielen.

Bisher hat ein öffentlicher Brunnen in der Nähe des Klostereingangs gestanden und zur Entnahme von Trink- und Hausbrauchwasser gedient. Jetzt wurde er abgenommen, die Quelle an den Eingang des Klosters verlegt, so daß nun das Wasser aus einem Gefäß herausfließt, das von einer Statue des Bruders KONRAD gehalten wird. In der Meinung des Volkes hat es plötzlich Heilkraft erlangt. Es wird in allen möglichen Behältern in die gläubigen Dörfer des Bayern- und Tiroler-Landes verfrachtet.

Ich wohne in der Nähe Altöttings und wollte eine Versammlung ankündigen mit freier Aussprache über das, was in Altötting vorgeht. Das Bezirksamt meines Wohnorts hat diese Ankündigung verboten mit dem Hinweis, die Mehrheit der Bevölkerung würde gegen eine solche Versammlung sein; es sei Aufgabe des Staates, diese Ansicht zu schützen. Ich verstehe, Herr Amtmann.

Der fromme Bürger soll weiter ruhig glauben und ruhig zahlen; das zu schützen, ist also „Aufgabe des Staates"! Altötting ist eins der wenigen Nester, die von der Wirtschaftskrise noch verschont worden sind. Der heilige KONRAD versteht das Eintreiben von Steuern besser als die Finanzämter. C. K.

Wodurch wird man zum Klassenkämpfer?

(Aus dem Brief eines englischen Genossen.)

Vor einigen Monaten bin ich mit dem Vorsatz nach Deutschland gefahren, dort mit Genossen zu arbeiten und zu lernen, wie wir Arbeiter die Ausbeutung am wirksamsten bekämpfen können. Jetzt habe ich endlich das Hindernis der fremden Sprache soweit bewältigt, daß eine Verständigung mit den Genossen beginnt. Das ist gut. Denn ich habe viel zu fragen.

Neulich nahm mich ein Genosse mit zur Landagitation. Ich ging gern mit; denn ich wollte die Bedingungen kennen lernen, unter denen deutsche Arbeiter auf dem Lande leben, und ich wollte erfahren, wie sie zum Klassenkampf stehen. Ich habe starke Eindrücke an jenem Tage gesammelt. Ich habe Armut und Trostlosigkeit gesehen, wie wir sie in Kent (England) nicht kennen. Erschüttert hat mich der Anblick einer Wohnung: ein dunkles Loch mit einem ganz kleinen Fenster, die Wände und die Decke schwarz von Rauch, ein rauchender Ofen, hinter einem Holzverschlag ein Bett. An Möbeln alter Art, ein paar wackelige Stühle, ein Bord aus Margarinekisten, darauf ein paar zerbrochene Tassen. Im Zimmer waren zwei Erwerbslose. Einer kaufte den „ISK" und lud zum Sitzen ein. Wir sprachen über die große Erwerbslosigkeit. Ich hatte erwartet, die beiden würden infolge ihrer Lebensumstände radikale Revolutionäre sein, und war erstaunt, daß sie nur müde und mutlos antworteten. Enttäuscht von SPD und KPD, erwarteten sie nichts Gutes mehr von irgend einer Partei. Führt Not nicht zum Klassenkampf? — Ein anderes Erlebnis: Wir kamen wieder zu einer sehr armen Familie. Der Mann war politisch interessiert. Während wir über die nächste Präsidentenwahl sprachen, trat ein Mann ein, der gut genährt war und keine Not zu kennen schien. Er schimpfte auf die verfahrene politische Lage in Deutschland und schob die Schuld an allem Elend auf das Ausland und die Juden. Er äußerte, alle Ausländer taugten nichts. Mein Genosse sagte: „Mein Begleiter ist ein junger Engländer. Wagst Du zu behaupten, daß er ein Schuft ist?" Einen Augenblick konnte der Mann vor verlegenem Staunen nicht weiter. Dann wiederholte er fanatisch: „Die Juden sind an allem schuld! Wenn erst HITLER ans Ruder kommt, wird alles gut werden." Hier sah ich einen Mann, dem es gut ging; er hatte eine politische Idee, wenn auch eine schlechte. Das machte mich nachdenklich.

In Kent sind die Arbeiter zufrieden. Denn wenn sie auch hart arbeiten und die Arbeitsbedingungen schlecht sind, sind dort doch die Löhne über dem Durchschnitt der anderen englischen Löhne. Die Arbeiter politisieren viel, beim Trinken. Aber wenn jemand die Frage aufwirft, wie man der Arbeiterschaft durch Politik bessere Bedingungen schaffen könnte und welche revolutionären Maßnahmen hierzu nötig sind, lachen sie und schimpften: „Bolschewik." Wozu sich mit solchen Fragen befassen, solange man sein Bier, seinen Tee, Frauen, ausreichendes Essen, ein Häuschen, billige Plätze im Kino, Pferderennen hat?

Sattsein und gute Löhne sind ein Hindernis, revolutionär zu werden; Not und Elend bringen den revolutionären Geist ebenfalls nicht hervor. Mich bedrängt die Frage: Wodurch kann der Arbeiter zum Bevolutionär werden?

D. Roberts.

Unregelmäßigkeiten

bei der Zustellung des „Funken" durch die Post bitten wir stets an die zuständige Postanstalt zu melden, da die Expedition der Zeitung von hier aus rechtzeitig erfolgt.

„Der Funke" / Expedition

Die Verantwortung der Arbeiter.

„Wenn sie wollen . . ."

Ueber „die Verantwortung der Arbeiter im Rahmen des Volksganzen" sprach am Montagabend im Schöneberger Rathaus WILHELM EGGERT, der stellvertretende Vorsitzende des ADGB. Es mangelte dem Kollegen EGGERT nicht an Stoff, den er vor den dreißig Bürgern der LESSING-Hochschule ausbreiten konnte. Denn Verantwortung für das sogenannte Volksganze hat die Arbeiterschaft seit 1914 mehr als genug gezeigt.

. . . . .

Und die Jahre seit 1914 sollten denen, die zu dem ausgebeuteten Teil des „Volksganzen" gehören, eingehämmert haben, daß ihre Verantwortung weder „das Ganze" des Volkes betrifft, noch an den Grenzen des Volkes Halt macht.

Von der Verantwortung gegenüber denen, die jenseits der Grenzen wohnen, hat EGGERT nicht gesprochen. Er hat damit der gegenwärtigen nationalistischen Welle seine Konzession gemacht. Zur Illustration zwei Stellen aus seiner Rede: „Dem Arbeiter war vor dreißig Jahren mit nationalen Dingen nicht beizukommen. Denn die Nation, wie wir sie heute verstehen und empfinden, war für die damaligen Arbeiter wirklich keine lebendige Erfahrung." Und am Schluß: „Ich möchte die Ueberzeugung haben, daß wir dennoch, wenn auch mit schweren, blutigen Wunden, über die gegenwärtige Zeit hinwegkommen und uns einen Sonnenplatz unter den Völkern der Erde erringen."

Es wäre nötig gewesen, den Bürgern zu sagen, daß Verantwortung gegenüber den deutschen Volksgenossen nur derjenige an den Tag legt, der für eine ehrliche Verständigungspolitik mit Frankreich kämpft, statt von der Erringung eines Sonnenplatzes unter den Völkern zu reden.

Auch im übrigen war die Rede nicht getragen von dem Mut des Bekenntnisses zum Kampf der Arbeiterschaft. Man hatte den Eindruck, als wollte EGGERT sich immerfort entschuldigen, so, wenn er sagte: „Die Schulungsarbeit der Gewerkschaften ist eine Zweckschulung, eine Kampfschulung, wenn Sie wollen". F. G.

POLIKEI.

Von Leo Tolstoi.

(12. Fortsetzung.) Copyright by Insel-Verlag in Leipzig.)

„Deines Bruders Blut trinkst du, du Blutsauger!"

In Dutlows sonst stets so ruhigem Gesichte blitzte etwas auf. Er trat einen Schritt vorwärts.

„In Gutem hast du nicht gewollt", sagte er plötzlich, und mit einer schnellen Bewegung (wo er nur die Energie dazu hernahm?) ergriff er seinen Neffen, warf sich mit ihm auf die Erde und begann, ihm mit Hilfe des Schulzen die Arme zusammenzuschnüren. Etwa fünf Minuten rangen sie miteinander; endlich stand Dutlow mit Hilfe der anderen auf und riß Iljas Hände von seinem Pelze los, in dem dieser sich festgekrallt hatte; nachdem er selbst aufgestanden war, hob er Ilja auf, dem die Hände auf dem Rücken zusammengebunden waren, und setzte ihn auf eine Bank in die Ecke.

„Ich habe es dir ja gesagt, daß es dir schlecht bekommen werde," sagte er, noch atemlos von dem Ringen, und rückte sich das Hemde an der Taille zurecht. „Warum versündigst du dich? Wir müssen alle sterben. Schieb ihm einen Kittel unter den Kopf," fügte er, zum Hausknecht gewendet, hinzu; „sonst wird ihm der Kopf schwellen." Dann nahm er die Laterne, band sich statt des Gurtes einen Strick um den Leib und ging wieder hinaus zu den Pferden.

Mit zerzaustem Haar, blassem Gesichte und hinaufgeschobenem Hemde sah sich Ilja nach allen Seiten im Zimmer um, wie er sich zu besinnen suchte, wo er eigentlich sei. Der Hausknecht sammelte die Glasscherben auf und stopfte eine Pelzjacke ins Fenster, damit es nicht ziehe. Der Schulze setzte sich wieder zu seiner Schüssel.

„Ach, lieber Ilja, lieber Ilja, du tust mir leid, wirklich. Aber was ist zu machen? Sieh mal Chorjuschkin an; der ist auch verheiratet. Es ist eben nicht zu ändern."

„Wegen meines Onkels, des Bösewichtes, gehe ich zugrunde," wiederholte Ilja mit verbissener Wut. „Ihm tut's um sein Geld leid. Meine Mutter hat gesagt, der Verwalter habe ihn aufgefordert, einen Rekruten als Stellvertreter zu kaufen. Aber er will nicht; er sagt, das könne er nicht leisten. Und dabei haben mein Bruder und ich ihm eine Menge Geld ins Haus gebracht. Ein Bösewicht ist er!"

Dutlow trat wieder ins Zimmer, betete vor den Heiligenbildern, zog sich aus und setzte sich zu dem Schulzen. Eine Magd brachte ihm Kwas und einen Löffel. Ilja schwieg und lehnte sich mit geschlossenen Augen gegen den Kittel. Der Schulze wies schweigend auf ihn hin und schüttelte den Kopf. Dutlow machte eine bedauernde Bewegung mit der Hand.

„Tut er mir denn nicht leid? Er ist ja doch der Sohn meines lieblichen Bruders. Und nicht genug, daß er mir leid tut, hat man mich ihm auch noch als einen Bösewicht dargestellt. Seine Frau, die trotz ihrer Jugend ein listiges Weib ist, hat ihm die Vorstellung in den Kopf gesetzt, wir hätten so viel Geld, daß wir einen Ersatzmann kaufen könnten. Und da macht er mir nun Vorwürfe. Aber wie leid mir der Junge tut! . . ."

„Ach ja, er ist ein braver Bursche!" sagte der Schulze.

„Aber ich vermag nichts über ihn. Morgen werde ich Ignat herschicken, und seine Frau wollte auch mit herkommen."

„Schicke sie nur her; das ist gut," erwiderte der Schulze, stand auf und stieg auf den Ofen. „Was ist das Geld? Das Geld ist Staub."

„Wenn unsereiner nur Geld hätte, dann würde man es gern ausgeben," sagte ein Knecht des Kaufmanns, indem er den Kopf in die Höhe hob.

„Ach, das Geld, das Geld! Von dem kommt viele Sünde her," sagte Dutlow. „Von nichts in der Welt kommt so viel Sünde her wie vom Gelde; das steht schon in der Bibel."

„Ja, es steht alles geschrieben," stimmte der Hausknecht bei. „So erzählte mir einmal einer: es war ein Kaufmann, der hatte viel Geld zusammengescharrt und wollte nichts zurücklassen; er liebte sein Geld so, daß er es mit sich in den Sarg nehmen wollte. Kurz vor seinem Tode befahl er, ihm sein Kopfkissen mit in den Sarg zu legen. Man ahnte nichts und tat es. Nachher suchten die Söhne nach dem Gelde; aber es war nichts zu finden. Da kam der eine Sohn auf den Gedanken, daß das Geld gewiß in dem Kissen gewesen sei. Die Sache kam vor den Zaren, und er erlaubte, den Sarg auszugraben. Und was glaubt ihr? Man öffnete den Sarg: in dem Kissen war nichts darin; aber der Sarg war voll Schlangen; da gruben sie ihn denn wieder ein. Da sieht man, was das Geld anrichtet."

„Ja, das ist sicher, es ist an vieler Sünde schuld," sagte Dutlow, stand auf und betete.

Als er gebetet hatte, betrachtete er seinen Neffen. Dieser schlief. Dutlow trat zu ihm, löste ihm den Gurt, mit dem seine Arme gebunden waren, und legte sich hin. Ein anderer Bauer ging in den Stall zu den Pferden, um dort zu schlafen.

Neuntes Kapitel.

Sobald es still geworden war, stieg Polikei verstohlen, als ob er etwas Schlimmes begangen hätte, vom Ofen herunter und machte sich reisefertig. Es war ihm aus einem unklaren Grunde peinlich, hier mit den Rekruten zusammen zu übernachten. Die Hähne fingen schon an häufiger zu krähen. Baraban hatte seinen ganzen Hafer verzehrt und streckte den Hals begierig nach dem Tränkeimer aus. Polikei spannte ihn an und führte ihn, an den Bauernwagen vorbei, hinaus. Die Mütze mit ihrem Inhalte war unversehrt, und die Räder des Wägelchens klapperten von neuem auf der ein wenig überfrorenen Landstraße nach Pokrowskoje. Polikei fühlte sich erst dann leichter, als er aus der Stadt heraus war. Bis dahin schien es ihm immer, als werde er im nächsten Augenblicke Verfolger hinter sich hören, die ihn anhalten, ihm an Iljas Stelle die Arme auf den Rücken binden und ihn am nächsten Tage zur Gestellung bringen würden. Halb vor Kälte, halb vor Angst lief ihm ein Frostschauer über den Rücken, und er trieb fortwährend Baraban zu immer schärferem Laufe an. Der erste Mensch, der ihm begegnete, war ein Pope* mit einem gebückt gehenden Knechte. Es wurde ihm noch unbehaglicher zumute. Aber als er vor die Stadt gekommen war, verging diese Angst allmählich. Baraban ging nun im Schritt; der vor ihnen liegende Weg wurde sichtbarer; Polikei nahm die Mütze ab und fühlte nach dem Gelde. „Ob ich es vorn in die Brust stecke?" dachte er; „dazu müßte ich mir erst den Gurt aufmachen. Ich will noch den Abhang hinunterfahren; da will ich absteigen und mich zurechtmachen.

* Eine solche Begegnung gilt als übles Vorzeichen. Anmerkung des Uebersetzers.

(Fortsetzung folgt.)

Handlungsfreiheit.

Frankreich schafft sich Handlungsfreiheit. Die USA. bekommen Handlungsfreiheit.

Daß England sich seine politische Handlungsfreiheit dadurch sichert, daß die Bank von England den Rest des Pfundstützungskredits am 1. Februar an die Bank von Frankreich und die Federal Reserve Bank von New York zurückzahlt, haben wir gestern berichtet.

Auch Frankreich will sich jetzt möglichst unabhängig machen und zwar dadurch, daß es sich seine Goldvorräte, die in den USA liegen, nach Frankreich kommen läßt. In den USA war darüber gesprochen worden, diese Vorräte in Höhe von etwa 125 Mill. Dollar zu beschlagnahmen, falls Frankreich seine Zins- und Tilgungszahlungen an die USA nicht leisten sollte. Vermutlich wird die Bank von Frankreich darüber hinaus auch ihre Bankguthaben, die sie in den USA unterhält (etwa 400 Millionen Dollar), in Gold umwandeln und sich nach und nach schicken lassen. Den unmittelbaren Anlaß dazu bildet der Umstand, daß die Franzosen nicht für Versuche sind, durch erleichterte Kreditgewährung die Krise zu überwinden, die Amerikaner aber neuerdings diesen Versuch wieder machen. Eine Bedrohung für die USA wären die französischen Abzüge nicht, wenn auch wohl eine Unbequemlichkeit. Vielmehr werden, nachdem die Abzüge einmal erfolgt sind, die USA eine Politik treiben können, ungehemmt durch Rücksichten auf jene französischen Guthaben. Solche Rücksichten haben bekanntlich bei dem Besuch LAVALs in den USA eine Rolle gespielt. LAVAL hat damals dafür Sorge getragen, daß die Kreditabziehungen Frankreichs aus den USA aufhörten, er hat gleichzeitig (dafür?) freie Hand erhalten, die europäischen Angelegenheiten zu regeln, — soweit wir unterrichtet sind, jedoch nur bis Ende Januar. Daß Frankreich in dieser Zeit nichts erreicht hat, ist offenbar. Was nun? Werden die USA sich weiterhin zurückhalten von der Regelung der europäischen Angelegenheiten?

Es hat den Anschein, als ob England und Frankreich versuchen, als Ausgangspunkt für neue Verhandlungen mit den USA möglichst starke ökonomische Stellungen zu beziehen. Außerdem macht Frankreich deutlich, daß es bei Einstellung der deutschen Reparationszahlungen seinerseits an die USA keine Zahlungen leisten will; denn sonst könnte es sich die Goldtransportkosten sparen! Rpt.

General Motors, Detroit.

Die Kaufkraft vieler reicht nicht mehr hin, um ein Auto zu kaufen, selbst in den U. S. A. Das kann man ablesen an den Gewinnen der General Motor Corporation, der Konkurrentin von FORD. Ihr Reingewinn betrug:

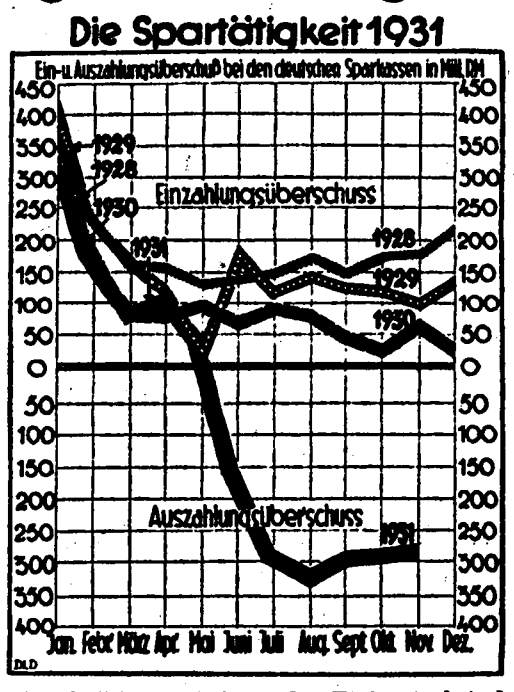
1929	248 Millionen Dollar,
1930	154 Millionen Dollar,
1931	97 Millionen Dollar.

Auf dem Wege zu neuen Formen der Außenhandelspolitik.

Im Haag sitzt ein holländischer Arbeitsausschuß, der die Frage der Kontingentierung der Einfuhr (der mengenmäßigen Beschränkung der Einfuhr) für eine ganze Reihe von Waren erwägen soll. Die Zahl der Waren, deren Kontingentierung erwogen werden soll, beträgt 200. Um welche Waren es sich dabei vor allem handelt, ergibt sich zum Teil aus der Zusammensetzung des Ausschusses: Ihm gehören Vertreter der Eisengießereien, der Textilindustrie, der Konfektion, der Trikotagen, der Schuhwaren- und der elektrischen Industrie an.

Rückgriff auf die Notgroschen

Die Spartätigkeit 1931



Seit der Inflation wuchsen die Einlagen bei den deutschen Sparkassen fast stetig an. Die Sparer hatten vergessen, daß ihnen die Einlagen der Vorkriegszeit (1914: 21 Milliarden Mark; heute: fast 10 Milliarden Mark) durch die Geldentwertung fast völlig gestohlen worden waren, oder sie glaubten, eine Wiederholung der Inflation oder eines ähnlichen Massendiebstahls sei nicht zu befürchten. Die oben stehenden Kurven zeigen lediglich gelegentlich der Verhandlungen über den YOUNG-Plan im Frühjahr 1929 und des damals geäußerten Mißtrauens über die deutsche Wirtschaftslage ein Abnehmen des Einzahlungsüberschusses; damals hielten sich Einzahlungen und Auszahlungen ungefähr die Waage. Im Sommer 1931 wuchs dann das Mißtrauen der Sparer gleichzeitig mit der Notwendigkeit, auf Spargroschen zurückzugreifen. Die Folge: Der Auszahlungsüberschuß der letzten sechs Monate des Jahres 1931 war weit größer als früher die Einzahlungsüberschüsse im Durchschnitt waren. Die Auszahlungen waren nur möglich mit Unterstützung der Reichsbank, mit der früher die Sparkassen nicht im Verkehr standen. Wenn die Auszahlungen sich wie bisher fortsetzen — gleichgültig, ob aus Mißtrauen oder aus Not — wird die Lage für Sparkassen und Reichsbank immer schwieriger werden. H. H.

Was hat Deutschland an Reparationen bisher bezahlt?

Zur Diskussion zwischen den europäischen Gewerkschaften.

In Nr. 13 des „Funken" haben wir festgestellt, daß die Meinungen darüber, was Deutschland vor Inkrafttreten des DAWES-Plans an Reparationen bezahlt hat, sehr auseinander gehen. Wir wiederholen hier drei Schätzungen:

Reparationskommission	7,9 Milliarden Mark
deutsche Regierung	41,6 Milliarden Mark
englische u. amerikanische Schätzungen	25 Milliarden Mark

Diese Schätzungen gewinnen jetzt an Bedeutung innerhalb der internationalen Reparationsdebatte, und zwar besonders, soweit sie zwischen Arbeitervertretern geführt wird. Wir gehen auf diese Diskussion hier deshalb ein, weil sie uns gefährlich zu sein und dabei doch auf ein totes Geleise zu führen scheint.

LEIPART, der Vorsitzende des ADGB, hat in einem Aufsatz zur Reparationsfrage, der den Presseberichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 12. Januar beilag und fast in der gesamten deutschen Gewerkschaftspresse veröffentlicht worden ist, unter Bezugnahme auf jene Schätzungen behauptet:

„Reparationszahlungen sind nicht mehr berechtigt. Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind unseres Erachtens durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte bereits gedeckt; damit ist dem Recht auf Reparationen ohne Zweifel Genüge geschehen."

LEON BLUM, der Führer der französischen Sozialdemokraten, hat am 19. Januar in der französischen Kammer vorgeschlagen: Die Behauptung der Deutschen, sie hätten mit ihren Zahlungen den Schaden, der durch Zerstörung französischer Gebiete von Seiten Deutschlands entstanden ist, wieder gutgemacht, durch einen internationalen Sachverständigenausschuß nachprüfen zu lassen.

Der Belgier DE BROUCKERE hat in der Brüsseler sozialdemokratischen Zeitung „Le Peuple" schon am 10. Januar darauf hingewiesen, daß **keines der beiden Länder ganz recht hat, wenn Deutschland behauptet, daß mehr als die Kriegsschäden vergütet worden sei und Frankreich dies bestreitet.** Er fährt dann fort: „In Frankreich vergißt man unter dem Vorwand, daß sie nicht dieser Art von Wiedergutmachungen dienen sollen, die Berücksichtigung ganz beträchtlicher Summen. Was die deutsche Auffassung betrifft, so darf man nicht vergessen, daß die deutschen Zahlungen nicht in einem Augenblick geleistet wurden, wo Frankreich bedeutende Zahlungen zu leisten hatte und deshalb diese Summen zu sehr ungünstigen Bedingungen borgen mußte, was gewaltige Zinsleistungen zur Folge hatte. Es ist auch nicht richtig, wenn man alle zur Verwendung gelangten Frankensummen zu ihrem jetzigen Wert berechnet, während sie meistens in einem Augenblick ausgegeben werden mußten, wo sie der Goldparität viel näher standen!"

Nun nimmt auch der Pariser „Peuple", die Tageszeitung der französischen freien Gewerkschaften, am 23. Januar zur Frage der Bewertung der deutschen Reparationsleistungen Stellung. Er bestätigt, daß die Schätzung der Reparationskommission nicht in Ordnung sei, und legt seinen Erörterungen dann die Schätzung der Amerikaner MOULTON und MAC GUIRE zu Grunde:

Zahlung vor dem 30. September 1922	25 800 Millionen Mark
Seitdem	12 770 Millionen Mark
	38 570 Millionen Mark

Die Zeitung gibt zunächst die deutsche Behauptung folgendermaßen wieder: 38 570 Millionen Goldmark sind heute rund 231,4 Milliarden Francs. Davon hat Frankreich 51 % erhalten, daß sind 117 Milliarden Francs. Die tatsächlichen Reparationsausgaben betragen, nach den offiziellen Angaben der französischen Regierung, 102,6 Milliarden Francs, sind also völlig gedeckt durch die deutschen Zahlungen.

Nun die Antwort der französischen Gewerkschaftszeitung, die in einer Fußnote ausdrücklich als eine Antwort auf LEIPARTS Behauptungen bezeichnet wird.

1. Die Schätzung von MOULTON und MAC GUIRE, die in Ermangelung einer besseren zu Grunde gelegt werden mag, betrifft die Lasten, die Deutschland auferlegt worden sind. Nicht alle Zahlungen Deutschlands waren jedoch für Reparationen.

2. **Die ganze deutsche Rechnung ist falsch.** In ihr werden völlig verschiedene Werte zusammen gezählt: Gold-Francs und Papier-Francs der verschiedensten Werte und stabilisierte Francs. In Einheiten der gegenwärtigen Währung umgerechnet beträgt der Wert der französischen Wiederaufbau-Arbeiten 175 Milliarden Francs.

3. Die deutsche Behauptung zieht nicht in Rechnung, daß der französische Reparationsanteil nur zum Teil verwendet werden konnte zur Bestreitung der Ausgaben des Wiederaufbaus, während ein Teil für die Tilgung der Kriegsschulden verwendet worden ist.

Die französische Gewerkschaftszeitung schließt den Aufsatz mit den Worten: „Man müsse zweifellos zugestehen, daß die Deutschen nichts zu gewinnen haben, wenn sie ihre Sache mit Gründen zu beweisen versuchen, deren Ungenauigkeit klar zu Tage liegt."

Auf den dritten Punkt der französischen Beweisführung wollen wir nicht eingehen, weil „Le Peuple" selber schreibt, daß damit das gesamte Problem der politischen Schulden angeschnitten sei, auf das er in der folgenden Woche eingehen wolle. Bedauerlich ist, daß die französische Gewerkschaftszeitung den hier teilweise wiedergegebenen Aufsatz überschrieben hat, die These der Deutschen sei undiskutabel. Erfreulich ist immerhin, daß die deutsche Behauptung trotz dieser Ueberschrift doch diskutiert wird.

Die Berechnung, die „Le Peuple" als Grundlage der deutschen Behauptung wiedergibt, ist natürlich falsch. Man darf nicht die deutschen Reparationsleistungen zunächst in Mark rechnen, dann in französische Francs von heute (1 Franc = 16½ Pfennige) umrechnen und diesen Betrag dann vergleichen mit einer Summe, in der zum Beispiel auch alte Goldfrancs (1 Franc = 81 Pfennige) enthalten sind. Wir wissen aber nicht, ob die Berechnung, die LEIPARTS Behauptung zu Grunde liegt, so aussieht. LEIPART wird sich darüber wohl äußern.

Die Ausgaben für den französischen Wiederaufbau könnte man in einer einheitlichen Währung sicher ohne große Schwierigkeiten feststellen (Streit kann natürlich darüber entstehen, welche französischen Ausgaben dem Wiederaufbau dienten, ob nicht bei diesen Ausgaben große Verschwendung getrieben worden ist). Aber: Wird man überhaupt den Versuch machen, entsprechend der Forderung BLUMS, einwandfrei festzustellen, was Deutschland tatsächlich geleistet hat? Wir bezweifeln, daß die französische Regierung das zulassen wird. LAVAL hat auf BLUMS Anregung in der Kammer nicht geantwortet. Der französische Finanzminister FLANDIN hat es inzwischen im Namen der französischen Regierung ausdrücklich abgelehnt, auf BLUMS Anregung einzugehen. Wir wissen, warum. Es ist kein Geheimnis, daß die Sachlieferungen nach Frankreich zu einem Skandal nach dem anderen geführt haben. Wir wissen, daß von französischer Seite deutsche Lokomotiven zum Schrottwert angerechnet worden sind, daß man im Elsaß deutsche Militärkraftwagen umsonst bekommen konnte, wenn man dem Portier des Depots ein kleines Schmiergeld gab. Dieser Skandal würde wieder aufgewärmt werden, wenn man sich daran machen würde, genau festzustellen, was Deutschland tatsächlich geleistet hat. Wir vermuten daher, daß die Welt, solange Kapitalisten in ihr regieren, niemals erfahren wird, wieviel Deutschland geleistet hat; wenn aber Sozialisten regieren, verliert die Frage ihre Bedeutung.

Heute, im Kapitalismus, scheint es uns bedauerlich, daß sich die Diskussion unter Arbeiterführern auf einen Punkt zu konzentrieren droht, über den Streit in der Gewerkschaftsinternationale entstehen und von dem aus das ganze Fragenproblem doch nicht beantwortet werden kann. Weit wichtiger sind die Fragen, die wir in Nr. 21 im Leitartikel „Was nun?" gestellt haben, zum Beispiel die Fragen:

Gibt es eine Entscheidung über die Verbindlichkeit von Verträgen?

Durch welche Maßnahmen kann international die Wirtschaftskrise überwunden werden?

Wie können dabei die Interessen der Bauern und Arbeiter aller Länder in Rücksicht gezogen werden?

Das sind die Fragen, die von Arbeitern und denen, die Arbeiterführer sein wollen, heute erörtert werden sollten! Hellmut Rauschenplat.

Die neueste Forderung des Landbundes:

Das Reich soll angemessene Preise garantieren.

Wir haben vorgestern vorausgesagt, die Landwirte würden behaupten, die neue „Notverordnung zur Sicherung der Frühjahrsdüngung" reiche nicht hin, um die Ernte zu sichern. Daß neue Forderungen *schon heute* erhoben würden, haben wir allerdings nicht vermutet. Sie lauten: Die Regierung soll die Garantie übernehmen, daß die Landwirte eine dem Düngermittelaufwand entsprechende Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu angemessenen Preisen verkaufen können; sollten die Marktpreise an diese Preise, die den Erzeugungskosten entsprechen sollen, nicht herankommen, so soll das Reich die Differenz bezahlen. Ferner soll das Reich dafür sorgen, daß die Düngerkredite für die Frühjahrsbestellung 1932 in Raten abbezahlt werden dürfen, die sich bis ins Frühjahr 1933 erstrecken.

Wieder eine Subvention für die Eisenindustrie.

Die Reichsbahn will für billige Eisenwaren Frachtsenkungen im Ausmaß von 12—17 Prozent vornehmen. Es fehlt noch die Genehmigung der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Wie sollte sie aber nicht erteilt werden, da es sich doch um ein Produkt der Schwerindustrie handelt?

Notendeckung: 173 Prozent.

In der Schweiz sind die Noten durch Gold und Golddevisen zu 173 Prozent gedeckt, in Holland zu 89 Prozent. — Wenn die Wirtschaftskrise nicht wäre, so wären in Holland und der Schweiz mehr Kredite in Anspruch genommen worden, der Notenumlauf und infolgedessen die Preise wären gestiegen. Die Einfuhr aus Ländern mit niedrigeren Preisen wäre gestiegen; die Ausfuhr nach Ländern mit niedrigeren Preisen wäre gefallen. Beides hätte zur Folge gehabt, daß der Goldvorrat zusammenschrumpft. — Heute sind alle diese Bewegungen teils durch berechtigtes Mißtrauen in der Lage, teils durch Staatseingriffe (Einfuhrverbote, Zölle u. s. w.) gehemmt.